

Natura 2000 und UVP-Stopp heizen Kraftwerksdebatte an

In Osttirol gilt bereits die Natura-2000-Verschlechterungsklausel. Das Umweltverfahren für das Kaunertal wurde höchstgerichtlich unterbrochen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Diskussion um die Kraftwerksprojekte in Tirol spitzt sich zu. Zum einen stellt Umweltreferentin LHStv. Ingrid Felipe (Grüne) nach ihrem vorwöchigen Besuch in Brüssel unmissverständlich klar, dass die fünf Vorhaben an der Isel und ihren Zubringerflüssen wegen der in Brüssel vorliegenden Nachnominierungsliste aktuell nach den verschärften Natura-2000-Kriterien verhandelt werden müssen. Gestern wurde bekannt, dass das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) dem Antrag der Gemeinde Sölden auf Unterbrechung des Umweltverträglichkeitsverfahrens zum Ausbau des Kaunertalkraftwerks stattgegeben hat. Ob die Behörde tatsächlich einen Stopp verfügt, ist noch unklar. Und angesichts der Entscheidung des BVwG fordert der Chef des Landesenergieversorgers Tiwag, Bruno Wallnöfer, die Regierung auf, endlich den „Wasserwirtschaftlichen Rahmenplan Tiroler Oberland“ für die fünf Tiwag-Großprojekte wie GKI, Sellrain-Silz und Kaunertal zu beschließen.

Im Zusammenhang mit den 33 in der Natura-2000-Schattenliste genannten potenziellen Schutzgebieten in Tirol wird Felipe jetzt Nominierungsvorschläge im Dialog mit den Betroffenen erarbeiten. „Gleichzeitig habe ich mit den Vertretern der Umweltkommission das rechtlich vorgesehene und bereits bestehende Verschlechterungsverbot für die in den Nominierungsvorschlägen enthaltenen Gebiete besprochen.“ Eine rasche Nominierung würde diese „Übergangsbestimmung“ wieder aufheben, fügt Felipe hinzu. „Denn auch in Natura-2000-Schutzgebieten sind zahlreiche Entwicklungen möglich. Es gibt keinen Glassturz.“

Diskussionen gibt es erneut um das Kaunertalkraftwerk. Denn wie soll das Land mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts umgehen? Sölden plant ein Kleinkraftwerk, die Tiwag den Ausbau des Kraftwerks Kaunertal und benötigt dafür ebenfalls Wasser der Gurgler und Venter Ache. In einem wasserrechtlichen Widerstreitverfahren sollte diese Frage geklärt werden, das Umweltministerium erklärte jedoch, es könne kein Widerstreitverfahren geben. Das BVwG hat jetzt die Unterbrechung des Umweltverfahrens für das Kaunertal beschieden. Für den Anwalt der Gemeinde Sölden, Georg Eisenberger, eine klare Sache: „Das Land muss es stoppen.“

Tiwag-Chef Bruno Wallnöfer schließt diese Möglichkeit nicht aus – allerdings: „Das Umweltministerium hat im Jänner ja nicht der Gemeinde Sölden Recht gegeben, sondern erklärt, dass beide Projekte nicht widerstreitfähig sind.“ Die Tiwag hat den Bescheid des Umweltministeriums wiederum bekämpft. Insgesamt bezeichnet Wallnöfer die Situation rund um das Kaunertal als langsam, aber sicher peinlich. „Denn wasserwirtschaftlich dürfte doch klar sein, welches Kraftwerk sinnvoller ist.“ Das Hin und Her sei lästig, die

Landesregierung nimmt Wallnöfer mahrend in die Pflicht. „Unser wasserwirtschaftlicher Rahmenplan für die fünf Großprojekte liegt vor, die Landesregierung muss ihn endlich beschließen, damit das Ministerium die entsprechende Verordnung erlässt.“

Würde der Plan bereits gelten, käme es laut Wallnöfer gar nicht zu einem Tauziehen mit Sölden. „Der Rahmenplan ersetzt nicht die Umweltverfahren, aber vorab wird klar öffentliches Interesse für die Großkraftwerke dokumentiert.“